

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründer 1856

Druckerei bei täglich periodischer Ausgabe monatlich 1.20 Mk., einschließlich 20 Wks. für
Einzelnhefte, nach Bestellung 1.20 Mk., einschließlich 20 Wks. für Einzelhefte, nach Bestellung 1.20 Mk., einschließlich 20 Wks.
für Einzelhefte, nach Bestellung 1.20 Mk., einschließlich 20 Wks. für Einzelhefte, nach Bestellung 1.20 Mk., einschließlich 20 Wks.

Druck u. Verlag: Meyke & Reichardt,
Breiten, Weißer-J-Str. 1048 Dresden
Redaktion mit best. Geschäftsangeh.
(Dresden, Neudr.) täglich. Unentgeltlich
Einzelnhefte werden nicht angesetzt

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Drucksachen
für Handel und Gewerbe
in moderner Ausführung erhalten Sie durch die
Graph. Kunstanstalt
Liepsch & Reichardt
Marienstr. 38/42 / Fernruf 25241

Konditorei Schmorl
Wisdorfer Straße 30
Amalienstraße 2-10
Butter-Pfannkuchen
Dresdens größter Konditoreibetrieb

Kampf um die Immunität im Reichstag

Die Rechte wird die Obstruktion fortsetzen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Febr. Der Reichstag geht am Montagmorgen seine Beratungen fort, und wiederum werden die im Zeichen des Kampfes der Oppositionsparteien gegen die hinter der Regierung stehenden Parteien der Mitte und der Sozialdemokratie stehen. Nachdem die Reichstagsabstimmung am Sonnabendnachmittag vorzeitig abgebrochen wurde, stehen die Anträge der Sozialdemokratie und der Mittelparteien auf Geschäftsordnungsreform zur Beratung an. Außerdem steht ein Antrag auf der Tagesordnung, durch den vorweg alle Anträge der Staatsanwaltschaft und Anträge in Privatklagen gegen Abgeordnete mit dem Ziel der Aufhebung der Immunität genehmigt werden sollen, ohne jede Prüfung des Einzelfalles. Dieser Antrag ist eine staatsanwaltschaftliche Erfindung vom Reichstag dem Geschäftsordnungsausschuss überzuleiten zu werden, der sie mit größter Sorgfalt prüfte und der größte Zurückhaltung walten ließ.

Wenn jetzt die Mittelparteien zusammen mit der Sozialdemokratie von dieser Praxis abweichen wollen, so wird damit der Begriff der Immunität überhaupt illusorisch.

Man weiß, wie leicht z. B. in Preußen sich politisch exponierte Persönlichkeiten sogenannter Strafverfahren zuwenden können, und es könnte dahin kommen, daß die Immunität praktisch nur noch für Mittelparteiliche und Sozialdemokraten besteht. Das Wesen der Demokratie und der parlamentarischen Regierungsform beruht ja in erster Linie darauf, daß man einem bestimmten Kreis, nämlich den vom Volke Erwählten, eine besondere Rechtfertigung, nämlich die Immunität zufolgt, durch die sie befähigt werden sollen, offen alles auszusprechen, was ihnen am Herzen liegt.

Greift man das Rechtsgut der Immunität an, dann stellt man gleichzeitig überhaupt das ganze parlamentarische System in Frage.

Angenommen, daß mit der Immunität, nicht zuletzt von der Linken, mancher Unfug getrieben worden ist. Dennoch muß sehr wohl geprüft werden, ob man zu solchen Konsequenzen wie den angebotenen greifen soll. Auch sollten sich Zentrum und Sozialdemokratie einmal leiner Zeiten erinnern, wo sie in mehr oder minder bösungelosem Opposition standen und wo ihnen allein unter dem Schutze der im kaiserlichen Deutschland sehr streng eingehaltenen Immunität überhaupt der Aufbau ihrer Parteien gelang.

Die Oppositionsparteien haben also alles Recht, sich gegen eine derartige Geschäftsordnungs- und Immunitätsreform mit allen nur irgendwie möglichen parlamentarischen Mitteln zur Wehr zu setzen. So wird der Montagmorgen wieder im Zeichen erbitterter Obstruktion der Oppositionsparteien stehen.

Annahme des Haushalts der Reichskanzlei im Reichstag

Schärfer Protest der Rechten

Berlin, 8. Febr. Nach der bereits in unserer Sonntagsausgabe mitgeteilten Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen den Reichskanzler beantragte Abg. Effer (Zentr.) um die rechtzeitige Verabschiedung des Haushalts, die anscheinend unumgänglich gemacht werden sollte, zu sichern, aber die noch vorliegenden Änderungsanträge der Oppositionsparteien zur Tagesordnung überzugeben und ferner über sämtliche Kapitel und Titel des Haushalts, die noch unerledigt sind, in einer Abstimmung gemeinsam abzustimmen. (Stürmischer Widerspruch rechts und bei den Kommunisten. — Große Unruhe.)

Auf nationalsozialistischen Antrag wird zunächst namentlich abgestimmt über den Antrag Effer auf Uebertragung zur Tagesordnung über die Änderungsanträge.

Der Antrag wird mit 201 gegen 218 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Kommunisten und des Landvolks angenommen.

Nunmehr beantragt Abg. Dr. Everling (Zentr.), über den Antrag auf Annahme des Haushalts en bloc zur Tagesordnung überzugeben, weil dieser Antrag nicht ernst gemeint sei und eine

verfassungswidrige Entwertung

der Minderheit bedeute. — Abg. Effe (Natso.) beantragt namentlich Abstimmung über den Antrag Everling und ruft: Das Volk brauchen wird Ihnen die Antwort geben!

Präsident Effe erklärt, er lege im Augenblick in dem Antrag Effer nur eine Resolution in Aussicht, die nicht gegen die Geschäftsordnung verstoße.

Abg. Dr. Everling (Zentr.) erwidert, wenn der Reichstag alles im Kampf erledigen wolle, dann solle er doch

lieber gleich nach Hause gehen. Was hier geschehen solle, sei der vollkommene Bankrott des Parlamentarismus.

Es wird dann namentlich abgestimmt über den Antrag Everling auf Uebertragung zur Tagesordnung über den Antrag Effer.

Dieser Antrag wird mit 208 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Effer wird mit 212 gegen 206 Stimmen angenommen.

Präsident Effe erklärt, er habe diesen Antrag dahin verstanden, daß durch ihn die restlichen Kapitel und Titel des Haushalts als angenommen gelten sollen. (Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Fried (Natso.) tritt dieser Auffassung entgegen und beantragt, die Sitzung zu vertagen.

Abg. Dr. Everling (Zentr.) unterstützt diesen Antrag mit der Erklärung, daß der Reichstag heute ja wohl kein Verstum hinfällig der Vernichtung demokratischer Rechte erleidet habe. (Heiterkeit rechts.) Dasselbe würden auch diese Wandervogel von denen, die sie mitgemacht hätten, auch verstanden.

Abg. Effer (Zentr.), mit minutenlangen härmischen Zusätzen:

„Schlebung!“ und „Abtreten!“

empfangen, erklärt unter größter Unruhe des Hauses, daß sein Antrag im Sinne des Präsidenten aufzulassen und auch so gedacht werden sei.

Das Haus vertagt sich auf Vorschlag des Präsidenten auf Montag 15 Uhr: Wiederholung der Geschäftsordnung und Strafverfolgung von Abgeordneten.

Sur Abstimmung im Reichstag

Nach dem endgültigen Abstimmungsergebnis ist das von den Nationalsozialisten und Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning vom Reichstag mit 292 gegen 220 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt worden.

Der Stimme enthalten haben sich 10 Mitglieder der Wirtschaftspartei, nämlich die Abg. Bormann, Dremitz, Hübscher, Dr. Hülfs, Köster, Lauterbach, Rüdiger, Rohlf, Schneiderwind und Siller sowie die drei Deutsch-Österreichler. Die fünf übrigen in der Sitzung anwesenden Mitglieder der Wirtschaftspartei: Dunkel, Freidel, Hermann, Holzammer und Pechold haben gegen das Mißtrauensvotum gestimmt, ebenso die anwesenden Mitglieder der Christlich-sozialen und konservativen Fraktionsgemeinschaft mit Ausnahme der schon erwähnten Österröster.

Die Mitglieder des Landvolks stimmten für das Mißtrauensvotum; von dieser Fraktion fehlten jedoch die Abg. Baur Dingler, Dr. Gereke und Schlangenschönings.

Brüning gegen Oberfahren

Berlin, 8. Febr. Amlich wird mitgeteilt: Zu der Behauptung in der Erklärung des deutschnationalen Fraktionsführers Dr. Oberfahren in der gestrigen Reichstagsitzung, daß die Freistellung des Reichskanzlers, er habe nach der Regierungsbildung 1927 dem Abgeordneten Dr. Eugenberger einen Vorschlag des Inhalts gemacht, zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann erst die Reparationsfrage aufzurollen, in seinem Punkte den Tatsachen entspreche, läßt der Reichskanzler erklären, er bedauere, daß Herr Eugenberger die Erinnerung an die feinerzeitige Besprechung im Stich gelassen habe; er sei aber durch Zeugennachweis jederzeit in der Lage, den Inhalt der damaligen Unterredung zu bekräften.

Severing verschleppt das Volksbegehren

Berlin, 8. Febr. Der preussische Innenminister Severing hat an den Stahlhelm ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er dem Antrag des Stahlhelms auf Einberufung für ein Volksbegehren zwecks Aufhebung des Preussischen Landtages „zur Zeit nicht zu entsprechen vermöge“, weil der Antrag nicht die Unterzeichnung von 20 000 Stimmberechtigten trage und der Stahlhelm „nicht habe glaubhaft machen können, daß 100 000 Stimmberechtigte Mitglieder des Stahlhelms den Antrag unterstützen“. Im weiteren Verlauf des Schreibens versucht dann Minister Severing, diese seine letzte Behauptung durch eine Reihe bei den Gegnern herbeigezogener Vorwände zu begründen, auf die näher eingegangen ist schon deshalb erübrigt, weil die Absicht, das Stahlhelmsvolksbegehren aus rein parteipolitischen Motiven zu verwerfen, ohne weiteres klar ist. Zum Schluß erklärt der Minister, daß er es dem Stahlhelm überlasse, entweder innerhalb zweier Monate eine „ausreichende Glaubhaftmachung“, daß 100 000 Stimmberechtigte hinter dem Volksbegehrenstempel stehen, zu erbringen, oder einen neuen, von 20 000 Stimmberechtigten unterschriebenen Antrag zu stellen.

Der Stahlhelm antwortet Severing

Berlin, 8. Febr. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Das Volksbegehren marschiert! Die Erklärung des Herrn Severing, weshalb er auch heute noch nicht glauben möchte, daß 100 000 Stimmberechtigte Stahlhelmer das Volksbegehren auf Landtagsauslösung unterstützen, kann rasch erledigt werden. Der Stahlhelm hat entsprechend der bisherigen Amtsführung der SPD in Preußen nachträglich von vornherein damit gerechnet, daß die derzeitige Regierung in Preußen, aller demokratischen Auffassung zum Trotz, den Volkswillen durchaus mißachtet. Das ist nunmehr erneut bewiesen. Wir danken Herrn Severing für diese von ihm offenbar nicht bedachte erste Unterbrechung unserer Propaganda im Volke. Die Absicht ist einfach.

Der Stahlhelm hat bereits bei Anmeldung des Volksbegehrens beschlossen, daß in den beiden Landesverbänden Berlin und Brandenburg die nur 20 000 Unterschriften gesammelt werden, die auch einer ungläubigen Regierung gegenüber gleichmäßig in jedem Falle genügen.

Die dafür nach Vorchrift gedruckten Listen werden vom heutigen Sonntag ab bereits bei den Ortsgruppen aufgestellt.

Nicht erst in zwei Monaten, sondern in wenigen Tagen wird auch dieser formelle Vorwand des Herrn Severing hinfällig sein. Eine Verzögerung im Arbeitsplan entsteht dadurch nicht, weil mit der Absicht des Ministers Severing zur Verschleppung des Volkswillens nach seinen eigenen vorherigen Äußerungen bereits gerechnet war. Die Front, die dem Willen des Preussenvolkes verfassungsmäßige Geltung verschaffen wird, wächst von Tag zu Tag. Der Widerstand des Herrn Severing kann sie nur verstärken. Im Guten oder Bösen! Der Landtag ist aufgelöst!

Die Deutsche Volkspartei für Stahlhelm-Volksbegehren

Berlin, 8. Febr. Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit:

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, offiziell von der Einbringung des Volksbegehrens zur Aufhebung des Preussischen Landtages Mitteilung gemacht. Abg. Dingeldey hat darauf geantwortet, daß die Deutsche Volkspartei das Volksbegehren unterstützen werde.

Düsterberg in Leipzig

Leipzig, 8. Febr. Im Rahmen einer am Sonntag in Leipzig abgehaltenen Kundgebung der Stahlhelmschleife sprach der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Düsterberg, über das Stahlhelmsvolksbegehren in Preußen. Der Stahlhelm habe sich als überparteilicher Bund entschlossen, das Volksbegehren allein einzubringen, weil zur Zeit die nationale parlamentarisch gebundene Opposition in einen solchen schweren Stellungskampf verwickelt sei. Der Stahlhelm trage für dieses Volksbegehren auch die volle Verantwortung.

Neues Erdbeben in Neuseeland

Wellington, 8. Febr. Im Gebiet der Hawke's Bay wurde heute nachmittag der härteste Erdstoß seit Dienstag verspürt, der besonders wieder in den Städten Napier und Hastings Schaden verursachte. An den Küsten eines Berges bei Napier ereigneten sich mehrere Erdrutsche. Ungefähr 2000 Menschen haben die Küste überlassen.